

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe  
der PDS/Linke Liste**  
**— Drucksache 12/3088 —**

**Der Verein für das Deutschtum im Ausland und der Rechtsextremismus (II)**

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Das Auswärtige Amt und der Verein für das Deutschtum im Ausland“ (Drucksache 12/2455), versucht die Bundesregierung die Beteiligung des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) an der Politik des deutschen Faschismus in der Zeit von 1933 bis 1945 zu beschönigen, indem sie die „Gegensätze“ zwischen NSDAP und VDA aufbauscht. Im Gegensatz dazu schreibt der bekannte antifaschistische Publizist Kurt Hirsch: „Ab 1933 gehörte der VDA zu den wenigen Organisationen, die von den Nazis weder verboten noch gleichgeschaltet, sondern aufgewertet wurden. Er war für die Regierung Hitler wichtig, weil die NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine funktionierende Auslandsorganisation verfügte.“ (Kurt Hirsch, Rechts von der Union, München 1989, S. 311). Hirsch weist darauf hin, daß dies kein Zufall war, denn schon während der „Weimarer Republik“ hatten die antirepublikanischen Kräfte innerhalb des VDA einen wichtigen Stützpunkt zur „deutsch-nationalen ideologischen Beeinflussung der Auslandsdeutschen“ aufgebaut. Der VDA war in dieser Zeit schon ein „Sammelbecken ‚großdeutscher‘ Kräfte“ (AK Antifaschismus der SPD, Doku Nummer 10, Die Verbindungen der CSU zu inländischen Rechtsextremisten, Nürnberg 1980, S. 11). Die politisch-inhaltlichen Gemeinsamkeiten brachte der Stellvertreter Hitlers, Rudolf Hess, 1939 auf den Punkt, als er äußerte: „Für die Volkstumsarbeit jenseits der Grenzen ist ausschließlich der VDA zuständig.“ (tat, 9. Oktober 1981, Das Deutschtum kann wieder fröhliche Urständ feiern).

Die Belastung durch seine NS-Vergangenheit hat sich nicht nur darin ausgedrückt, daß der VDA nach der Befreiung vom Faschismus von den Alliierten verboten wurde, sondern auch darin, daß noch 1957 laut „tat“ die Wiedegründung des VDA „im Auswärtigen Amt (AA) als unerwünscht“ galt (ebenda). Kurt Hirsch gibt an, daß 1958 eine ganze Reihe von Personen den VDA verlassen hatten, weil der „Verein durch ehemalige NS-Belastete unterwandert“ sei (Hirsch, a. a. O., S. 311). Dies ist kein Wunder, wurde der VDA doch von einstigen NS-Größen und Alt-Nazis wieder aufgebaut wie

- Hans Neuwirth (ehemaliges NSDAP-Reichstagsmitglied, nach 1945 Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft, des damals noch offiziell als rechtsextrem eingestuftes Witiko-Bundes),

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Ursula Seiler-Albring, vom 25. August 1992 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

- Theodor Oberländer (NSDAP-Mitglied, von 1934 bis 1937 Reichsführer des „Bundes Deutscher Osten“, nach 1945 führender Repräsentant des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“, der CDU und der rechtsextremen „Gesellschaft für Publizistik“),
- Hans Wissebach usw.

Wenn die Bundesregierung zwar einräumt, daß 1975 in der rechtsextremen Zeitung „Nation Europa“ für den VDA geworben wurde, dies aber angeblich „ohne Wissen des VDA“ geschehen ist, dann ist dies doch äußerst fragwürdig. Erst recht, wenn die Bundesregierung auf die Frage, ob rechtsextreme Organisationen und Personen auf den VDA Einfluß ausgeübt hätten, antwortet, daß sie über „keine derartigen Erkenntnisse“ verfüge. Die Fakten sind eindeutig:

- So war z. B. Dr. Rudolf Aschenauer bis 1977 Bundesvorsitzender des VDA und Verantwortlicher für dessen Organ „Globus“. Aschenauer hatte nicht nur NS-Kriegsverbrecher verteidigt, sondern er war auch Referent bei der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ und Autor in der „Nation Europa“ (Antifa-Kommission des Kommunistischen Bundes, Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, Hamburg 1981, S. 64, 74).
- So war auch Peter Achtmann (von Februar 1977 bis mindestens 1981 Mitglied des VDA-Verwaltungsrates) Autor in „Nation Europa“.
- So war Günther Deschner Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre Mitglied im VDA-Verwaltungsrat und gleichzeitig Mitglied im Redaktionskomitee der französischen Zeitung „Nouvelle Ecole“, dem Zentralblatt des französischen Rassisten- und Faschistenzirkels GRECE.

Noch heute sind eine ganze Anzahl bekannter Rechtsextremisten im VDA tätig. So u. a.

- Konrad Buchwald, einschlägig bekannter Ökofaschist und einstiger stellvertretender Vorsitzender des „Kulturwerks Südtirol“,
- Peter Boßdorf, ehemaliger Vorsitzender des rechtsextremen GDS,
- Karl Krah, Mitglied der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG).

### Vorbemerkung

Der VDA hat ab 1933 zunächst eine offene Haltung gegenüber der Reichsregierung eingenommen und – bei gleichzeitigem Bemühen um Bewahrung von Eigenständigkeit – versucht, seine bis dahin entfaltete Tätigkeit fortzuführen. Hans-Adolf Jacobsen hat zur Entwicklung des VDA in einer von ihm herausgegebenen Dokumentation („Hans Steinacher“, Harald-Boldt-Verlag 1970) darauf hingewiesen, daß bei einer unvoreingenommenen Analyse der tieferen Zusammenhänge auch Zeitgeist und politisches Klima der damaligen Zeit berücksichtigt werden müßten.

1935 hat dann die NSDAP (Gauleiter Bohle) dem VDA den Kampf angesagt, der vor allem seinem Vorsitzenden Steinacher galt. 1937 wurde dieser durch Rudolf Hess seines Amtes enthoben und seitens der NSDAP ein SS-Obergruppenführer als Leiter eingesetzt. 1939 wurde der VDA gleichgeschaltet (Anordnung 5/39g von Rudolf Hess). Das Verbot des VDA durch die Alliierten nach Kriegsende galt diesem VDA.

Dieser historische Hintergrund wie auch die erfolgreiche Arbeit des VDA in der Nachkriegszeit sind bei den Überlegungen zur Beauftragung des VDA durch das Auswärtige Amt und den Bundesminister des Innern berücksichtigt worden.

Das Ergebnis dieser Prüfung kommt in den grundsätzlichen Antworten zu dieser Kleinen Anfrage zum Ausdruck. Bei Aussagen zu historischen Details muß sich die Bundesregierung auf die Angaben des amtierenden VDA-Vorstandes stützen. Darüber hinausgehende Nachforschungen seitens der Bundesregierung würden den Rahmen einer Kleinen Anfrage überschreiten.

1. Hat die Bundesregierung die Rolle des VDA während der Weimarer Republik und während des Faschismus geprüft, und zu welchen Ergebnissen ist sie dabei gekommen?

Die Bundesregierung hat die Rolle des VDA geprüft. Zum Ergebnis dieser Prüfung wird auf die Antwort vom 21. April 1992 (Drucksache 12/2455) verwiesen (Antwort auf Frage 2).

2. Wie wurde der VDA unmittelbar nach dessen Gründung vom Auswärtigen Amt und der damaligen Bundesregierung eingeschätzt?

Die Bundesregierung beobachtete die Entwicklung des VDA abwartend.

3. Trifft es zu, daß der Wiederaufbau des VDA im Auswärtigen Amt als unerwünscht galt?

Die Gründung des VDA 1955 und die ersten Jahre seiner Aktivität wurden vom Auswärtigen Amt mit Zurückhaltung beobachtet.

- a) Trifft es zu, daß der VDA 1955 im wesentlichen von NS-belasteten Personen aufgebaut und geführt wurde?  
Wenn ja, welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber?

Mitbegründer waren u. a. der Rechtsanwalt Dr. F. J. Berthold, der Staatsrechtler Dr. Hans Nawiasky, der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Max Wöner, der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Waldemar von Knoeringen, Landwirtschaftsminister Dr. Hundhammer sowie Dr. Wilhelm Hoegner, späterer Ministerpräsident des Freistaats Bayern, und Peter von Siemens.

Erster Bundesvorsitzender war von 1955 bis 1958 Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther; ihm folgte als Bundesvorsitzender von 1958 bis 1967 Hans Egidi, Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes.

Der Verwaltungsrat wurde von 1958 bis 1968 von Dr. Wenzel Jaksch, MdB, geführt. In den 60er Jahren wirkte dort u. a. Karl-Heinz Freehse, MdB.

Die Behauptung, der VDA hätte sich am Rande des Rechtsextremismus bewegt, ist unhaltbar.

Im übrigen sind die im Vorspann zur Kleinen Anfrage genannten Personen z. T. unbekannt, soweit nicht in den Antworten 7, 8, 11 und 12 ausdrücklich erwähnt.

- b) Trifft es zu, daß wegen dieser Dominanz von Alt-Nazis im VDA eine ganze Reihe von Mitgliedern den VDA verlassen haben?

Der Bundesregierung und dem amtierenden VDA-Vorstand ist kein Austritt von VDA-Mitgliedern mit solcher Begründung bekannt.

4. Sollte dies zutreffen, was hat den Wandel in der Einschätzung des VDA durch die Bundesregierung bewirkt?

Angesichts der Entwicklung des VDA nach 1955, die sich auch durch die dort an führender Stelle Tätigen ausdrückt, hat die Bundesregierung den Verein nach 1961 gelegentlich und ab 1990 intensiver für die Erfüllung kultureller Aufgaben im Ausland eingesetzt. Bestimmend zu diesem Zeitpunkt waren die Erfahrungen und Verdienste, die der VDA als Mittler für die Auslandsdeutschen gesammelt hatte, sowie die Besetzung der satzungsmäßigen Führungsgremien (Bundesvorstand, Verwaltungsrat), die eine ordnungsgemäße Erfüllung dieser Aufgaben versprach und die auch unter politischen Gesichtspunkten Zweifeln nicht begegnete.

5. Wäre die Bundesregierung bereit, ein unabhängiges Institut mit der Beurteilung der Rolle des VDA während der Zeit der Weimarer Republik und des deutschen Faschismus zu beauftragen?

Zu einem solchen Auftrag besteht kein Anlaß, da die notwendigen Kenntnisse vorliegen.

6. Hat die Bundesregierung die Angaben des VDA überprüft, nach denen der VDA angeblich nicht wissen will, wie es dazu kam, daß in der rechtsextremen Zeitung „Nation Europa“ 1975 für den VDA geworben wurde?

Der VDA hat nach erneuter Prüfung mitgeteilt, daß Werbung für ihn in „Nation Europa“ ohne seinen Auftrag und ohne sein Wissen erfolgte. Die Bundesregierung hat keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Auskunft zu zweifeln.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, daß der damalige Vorsitzende des VDA, Rudolf Aschenauer, auch zu jener Zeit in „Nation Europa“ publizierte?

Dr. Rudolf Aschenauer war von 1973 bis 1977 VDA-Vorsitzender. Er war Jurist und Strafverteidiger auch bei den Nürnberger Prozessen. Zu Volkstumsfragen hat er mehrere Veröffentlichungen herausgegeben oder Reden gehalten. In „Nation Europa“ erschienen in der Juli/August-Ausgabe 1976 und in der Juli/August-Ausgabe 1977 je ein Artikel.

8. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das damalige VDA-Verwaltungsrat-Mitglied Peter Achtmann ebenfalls zu jener Zeit in der rechtsextremen Zeitung „Nation Europa“ publizierte?

Peter Achtmann war von 1977 bis 1981 Mitglied des VDA-Verwaltungsrats. Schon 1979 wurde die Falschbehauptung aufgestellt, er habe in „Nation Europa“ publiziert. Laut Meldung des „Vorwärts“ Nr. 15 vom 5. April 1979 hat sich Peter Achtmann dagegen verwahrt und klargestellt, daß „Nation Europa“ einen Artikel von ihm unter der Überschrift „Der Kampf der deutschsprachigen Presse im Ausland um's Überleben“ ohne sein Wissen veröffentlicht hatte. Es handelte sich um einen Nachdruck aus anderen Publikationen.

9. Wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Auskunft des VDA und die politische Glaubwürdigkeit des VDA, und gedenkt sie, daraus bestimmte Konsequenzen zu ziehen?

Die Bundesregierung hat keinen Anlaß, an der politischen Glaubwürdigkeit des VDA zu zweifeln.

10. Sind der Bundesregierung weitere VDA-Mitglieder bekannt, die in „Nation Europa“ oder anderen rechtsextremen Zeitungen publizierten?

Nein.

11. Ist der Bundesregierung bekannt, daß der einstige Vorsitzende des rechtsextremen GDS, Peter Boßdorf, im VDA tätig ist?

Der Genannte hat ein Amt im VDA nicht bekleidet. Er ist dem jetzt amtierenden Vorstand nicht bekannt.

12. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Ökofaschist Konrad Buchwald Mitglied im VDA ist?

Professor Dr. Konrad Buchwald war aufgrund seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Kulturwerks für Südtirol für eine Amtsperiode (1981 bis 1985) Mitglied des VDA-Verwaltungsrates, ohne jedoch Mitglied des VDA gewesen zu sein. Professor Buchwald ist im übrigen nicht als Extremist bekanntgeworden.

13. Hat die Bundesregierung mittlerweile Kenntnis von weiteren Rechtsextremisten, die Mitglied im VDA sind?

In den Führungsgremien des VDA gibt es keine Rechtsextremisten. Der Verein hat im übrigen z. Z. rund 16 000 Mitglieder und Förderer; diese werden, wie auch bei anderen Vereinen, nicht nach Parteizugehörigkeit oder politischer Orientierung befragt.

14. Fürchtet die Bundesregierung, daß ihr internationales Ansehen darunter leiden könnte, wenn eine in die NSDAP eingegliederte Organisation, die nach 1945 von den Alliierten verboten wurde, die von Alt-Nazis wieder aufgebaut wurde und die von Rechtsextremisten durchsetzt ist, vom Auswärtigen Amt mit der Durchführung von Vorhaben beauftragt wird?

Wenn nein, warum nicht?

Die Fragestellung geht von falschen Prämissen aus und richtet Vorwürfe an die Adresse des VDA, die zumal angesichts der Mitgliedschaft und der Gremien des Vereins seit 1955 widerlegt sind.

Der VDA und seine Arbeit finden heute bei allen Regierungen anderer Länder, in denen Deutsche leben, Anerkennung und Wertschätzung, auch deshalb, weil er den Auslandsdeutschen im Einklang mit der Bundesregierung nahelegt, loyale Staatsbürger ihrer Länder zu sein.



